Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

35 (11.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 35 — Donnerstag, den 11. Februar 1932 — 103. Jahrgang

Auch Grandi fordert Abrüstung

Genf, 10. Febr. Auf der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz nahm der **italienische Außenminister Grandi** das Wort zu einer überaus bemerkenswerten Darstellung der Auffassung seines Landes über die Abrüstungsfrage. Hauptpunkte der Rede waren **eine scharfe Kritik der französischen Vorschläge und eine entschiedene Ablehnung der Politik des unbeugsamen Egoismus, die Wiederherstellung der mussolinischen Forderung nach Gleichberechtigung aller Staaten. Die ausführliche Entwicklung des Gedankens, daß die deutsche Abrüstung nur der Anfang der allgemeinen Abrüstung sein dürfe und der Hinweis auf die Abrüstungsmethoden des Versailler Vertrages, der in dem Verbot der Angriffswaffen allgemeine Nachahmung verdiene.** In diesem Sinne erklärte Grandi, die Zustimmung seines Landes zu einem „organischen Plan der qualitativen Rüstungseinschränkung, der folgende Punkte umfaßt:

Auf dem Gebiet der **Flottenrüstungen:**

1. gleichzeitige Abschaffung der Linienschiffe und der Unterseeboote.
2. Abschaffung der Flugzeugträger.

Auf dem Gebiet der **Landrüstungen:**

1. Abschaffung der schweren Artillerie jeder Art.
2. Abschaffung der Tanks jeder Art.

Auf dem Gebiet der **Luftrüstungen:**

Abschaffung der Bombenflugzeuge.

Auf allen Gebieten:

1. Abschaffung der Angriffsmittel des chemischen und bakteriologischen Krieges jeder Art.
2. Revision der internationalen Abkommen zur Sicherung eines vollständigeren und wirksameren Schutzes der Zivilbevölkerung.

Im einzelnen führte Grandi aus: **Es gibt zwei Wege, die nach meiner Auffassung zu nichts führen können: der eine ist der Weg der Abrüstungsdemagogie, der andere der Weg der Abrüstungssophistik.** Unsere Arbeit muß sich auf die Notwendigkeit begründen, das Abrüstungsproblem in praktischer Weise zu lösen und uns nach den internationalen Verpflichtungen zu richten, die wir eingegangen sind. **Diese Verpflichtungen sind positiv und klar. Sie sind in Teil 5 der Friedensverträge, in den Statuten des Völkerbundes und im Protokoll von Locarno in einer Form niedergelegt, die weder Zögern noch Ungewißheit zuläßt.**

Die Fortsetzung der unfruchtbaren Aussprache über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Sicherheit würde bedeuten, daß wir in den Fehler verfallen, den ich die Abrüstungssophistik genannt habe. Die Tatsache, zeigt uns, daß es ohne Abrüstung keine Sicherheit geben kann. Wir befinden uns auf der schiefen Ebene eines neuen Wettrüstens, das umso beängstigender ist als man diese Erscheinung bei dem düsteren Hintergrund der Wirtschaftskrise, die alle Länder erfaßt hat, betrachtet.

Wie der **deutsche Reichskanzler** gestern so richtig erklärt habe, hänge der praktische Wert der Abkommen und der zwischen den Völkern ausgetauschten Erklärungen über die Aufrechterhaltung des Friedens von den Ergebnissen der gegenwärtigen Konferenz ab.

Grandi wendet sich entschieden gegen die Aufrechterhaltung eines Zustandes, den er das Regime des Rüstungsübergewichts nannte. Jedes militärische Uebergewicht sei zwangsläufig dazu bestimmt, auf die Gesamtheit der internationalen Beziehungen seinen Druck fühlbar werden zu lassen und es wäre müßig zu hoffen, daß es diesen Druck immer im Dienste der Gerechtigkeit ausüben werde. Es handele sich für die Konferenz jetzt darum, dem Rechte mehr Macht und nicht der Macht mehr Rechte zu geben. Erst wenn die Rüstungen der verschiedenen Länder auf das niedrigste Niveau herabgesetzt würden, dann werde die in Artikel 8 des Völkerbundspaktes erwähnte gemeinsame Aktion im Falle eines Angriffs einsetzen können. Der Ruf nach dieser gemeinsamen Aktion werde aber so lange toter Buchstabe bleiben, als einzelne Mitgliedstaaten eine so mächtige Rüstung behielten, daß jedes Streben nach einem gemeinsamen Vorgehen vor dem Dilemma eines Mißerfolges oder eines blutigen Krieges Halt machen müßte. Wenn man eine Politik des unbeugsamen Egoismus verfolge, eine Politik des Unverständnisses der lebendigen Kräfte der Geschichte, eine Politik der Rüstungen, so werden die wesentlichen Voraussetzungen des Friedens ganz natürlich wegfallen. Bezüglich der von dem amerikanischen Vertreter angeregten Verlängerung der Flottenabkommen von Washington und London erklärte Grandi: Ich für meinen Teil bin fest von der Notwendigkeit überzeugt, das Londoner Flottenabkommen zu ergänzen.

Ueber die **Methode der Abrüstung erklärte** Grandi: Sie kennen die beiden Hauptpunkte, die der Regierungschef meines Landes für die italienische Haltung in dieser Hinsicht aufgestellt hat: Die Gleichberechtigung aller Staaten und Ausgleich der Streitkräfte auf dem niedrigsten Niveau.

In diesem Zusammenhang machte

Grandi über die französischen Vorschläge

folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Friedensverträge bestimmen unzweideutig, daß die militärischen Verpflichtungen, die gewisse Staaten übernommen haben, den Umfang einer allgemeinen Abrüstung darstellen. Diese Bestimmungen sollten nicht für diese Staaten den Zustand dauernder Unterlegenheit schaffen, sondern sie stellten, wie es der Präsident der Friedenskonferenz feierlich erklärt hat, „den ersten Schritt zu jener allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen, die die alliierten und assoziierten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhütung des Krieges erstreben." Es war also nicht eine Verpflichtung, die eine Staatengruppe gegenüber einer anderen Gruppe übernommen hat. Es war eine allgemeine Verpflichtung eines jeden von uns gegenüber allen anderen.

In den Friedensverträgen hat man für Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten Beschränkungen geschaffen, die dem Gedanken entsprachen, den Streitkräften dieser Staaten diejenigen Kriegsmittel zu entziehen, die einen ausgesprochenen Angriffscharakter haben und die gerade im Hinblick auf eine internationale Organisierung des Friedens, die der Völkerbund verwirklichen sollte.

Zum Schluß seiner Rede wies Grandi darauf hin, daß **die schwersten Opfer in der Abrüstung von den stärksten Staaten verlangt werden müßten, aber das sei nur gerecht.** Die am stärksten bewaffneten Staaten hätten am wenigsten zu fürchten und müßten mit gutem Beispiel vorangehen. Sie müßten zuerst auf die Waffen verzichten, die wesentlich für einen Angriffskrieg bestimmt seien. Nach Abschaffung dieser Kriegsmittel werde man leichter und rascher zu einem Abkommen über Verminderung und quantitative Begrenzung der anderen Rüstungen gelangen.

Rede des japanischen Vertreters

Nach Grandi sprach der japanische Delegationsführer, Botschafter **Matsudeari**, der erklärte, trotz der unglücklichen Lage in Ostasien sei Japan so entschieden wie je dazu entschlossen, die Sache der Abrüstungskonferenz zu fördern. Matsudeira erklärte, **die japanische Delegation sei bereit, den Konventionsentwurf als Grundlage der weiteren Arbeiten anzunehmen.** Der Vertreter Japans machte geltend, daß die japanischen Streitkräfte in einzelnen Waffengattungen hinter der westeuropäischen Entwicklung noch sehr weit zurück sei. Eingehend erörterte er das Flottenprogramm. Hoffentlich werde die Londoner Deklaration über die Einschränkung des Gebrauchs der Unterseeboote die Zustimmung aller Seemächte finden und auf die anderen Kriegsschiffstypen ausgedehnt werden können. Den Vorschlägen über das Verbot von Luftbombardements und der Verwendung von Giftgasen und Bakterien stimme die japanische Delegation vollkommen zu. Japan sei bereit, an einem gerechten praktischen Abkommen mitzuarbeiten, durch das die Begrenzung und die Herabsetzung der Rüstungen am besten bewirkt werde, jedoch dürfe die nationale Sicherheit nicht gefährdet werden.

Rede Zaleskis

Die französische These wurde zum ersten Mal unterstützt und zwar von dem polnischen Außenminister Zaleski. Er begann mit einem Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung und die geographische Lage Polens, die in dem polnischen Memorandum vom 14. September 1931 als Begründung für die Aufrechterhaltung des polnischen Rüstungsstandes angeführt wird. Zaleski forderte, daß der Konventionsentwurf die Hauptbasis für die Arbeiten der Abrüstungskonferenz bilden solle. Dieser Entwurf müsse aber im Sinne der polnischen Auffassung ergänzt werden. Zaleski erklärte, daß die sogenannte indirekte Methode auf dem Wege der Budgetbegrenzung das einzig wirksame Mittel sei, um zu einer Abrüstung zu gelangen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen trat **Zaleski im Sinne des französischen Memorandums für die Schaffung eines organisierten internationalen Sicherheits- und Sanktionssystems ein.**

Die Debatte wurde sodann auf Donnerstag vormittag vertagt.

*

Morgen spricht Litwinow in Genf

Genf, 10. Febr. Morgen vormittag wird auf der Abrüstungskonferenz nach dem belgischen Delegierten Hymans der russische Volkskommissar Litwinow sprechen.

*

Der Eindruck der Grandi-Rede

Genf, 10. Febr. Die Wirkung der Rede des italienischen Außenministers war sehr stark. Großer Beifall wurde dem Vertreter Italiens als er Gleichberechtigung für alle Staaten forderte und mit besonderer Betonung erklärte, daß die einseitigen Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht dazu da seien, eine ständige militärische Unterlegenheit Deutschlands und seiner Verbündeten gegenüber den anderen Staaten zu schaffen.

Die Rede Grandis bildete **eine willkommene Ergänzung der Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning.** Daß der Vertreter einer hochgerüsteten Großmacht die Formel gebrauchte, die militärisch stärksten Staaten müßten auf der Abrüstungskonferenz die größten Opfer bringen, daß der Vertreter einer Großmacht, die sich bisher ungehindert am internationalen Wettrüsten beteiligen konnte, so energisch die Abrüstung der großen Militärmächte forderte und damit die Forderungen aufstellte, die auch selbstverständlich deutsche Forderungen sind, ist besonders zu begrüßen.

Grandi wurde nach Schluß seiner Rede von mehreren Delegierten, darunter Botschafter Nadolny, dem amerikanischen Botschafter Gibson und Sir John Simon herzlichst begrüßt.

*

Flandin über die deutschen Tributzahlungen.

T.U. **Paris**, 10. Febr. In einem Havas-Communique antwortet Finanzminister Flandin nunmehr auf die deutsche Veröffentlichung über die Tributleistungen. Flandin behauptet, von den 22 Milliarden 300 Millionen Goldmark, die Deutschland an Reparationen bezahlt habe, betrage der Anteil Frankreichs 8 150 000 000 Goldmark. Das sei weniger als die Hälfte der französischen Ausgaben für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete. Frankreich habe nur ungefähr 37 v. H. der gesamten deutschen Reparationszahlungen erhalten.

Brünings Genfer Debüt

Elemer Böhm

Zum erstenmal trat Dr. Heinrich Brüning in Genf auf. Er hat den moralischen Sieg davongetragen. Seine Rede hat ihre große Wirkung nicht verfehlt. Die Lauterkeit, die dem Reichskanzler in Deutschland die Achtung seiner politischen Feinde sichert, hat auch in Genf tiefen Eindruck gemacht.

Es ist dem Reichskanzler geglückt, dem Ton gerecht zu werden, der nun einmal in Genf üblich ist, ohne dabei jedoch auch das mindeste der Schärfe und Klarheit der deutschen Thesen schuldig geblieben zu sein. Die gefällige Sprechweise einerseits, die äußerste Energie des inhaltlichen Ausdruck andererseits, diese Verbindung mußte dem Vertreter Deutschlands den Erfolg bringen.

Der Reichskanzler hat in der großen Rednerreihe als Vierter gesprochen, nach dem Engländer Simon und dem Franzosen Tardieu und dem Amerikaner Gibson. Ueber die Gründe dieser Aufstellung herrschte von Anfang an allgemeine Verblüffung. Denn nach der in Genf üblichen französischen Schreibweise müßte der Vertreter von Deutschland (Allemagne) ja den Vortritt haben. Selbst in dem Fall, daß man von den Namen der Redner ausgehen sollte, hätte Dr. Brüning das Rennen gewinnen müssen. Wie dem auch sei, er mußte als Vierter sprechen, und er wußte das gut auszunutzen. Der Reichskanzler sah sich nämlich in der Lage, zu den Aeußerungen Tardieus deutlicher Stellung nehmen zu können, als dies der Fall gewesen wäre, wenn er vor Tardieu gesprochen hätte.

In der Tat: Während die Angelsachsen es vermieden haben, zu dem französischen Plan eines Völkerbundsheeres — bei weiterem Fortbestehen riesiger nationaler Heere! — eindeutig Stellung zu nehmen, hat der Reichskanzler mit klarer Deutlichkeit verkündet, daß Deutschland gewillt sei, an jedem der Abrüstung dienenden Plan mitzuarbeiten, insoweit es sich **nicht um eine Umgehung des Endzieles handelt.** Dieser Satz hatte die Wirkung einer Sensation. Es ist bezeichnend, daß hier mitten in der Rede ein starker Applaus einsetzte, der an dieser Stelle einen ausgesprochen demonstrativen Charakter tragen mußte. Kein Wunder, wenn gerade dieser Passus der Brüningschen Rede die besondere Unzufriedenheit Frankreichs hervorrief.

Die zweite Sensation der Aeußerungen des Reichskanzlers war ein Hinweis auf die **innerpolitische Stimmung im Reich.** Mit außerordentlicher Geschicklichkeit hat Dr. Brüning darauf hingewiesen, daß weite Kreise in Deutschland den Genfer Betrieb mit Skepsis und Mißtrauen betrachten, und daß es an Genf liege, dieser Stimmung Einhalt zu gebieten und eine Aenderung der politischen Tendenzen in Deutschland herbeizuführen. Dr. Brüning hat es vermieden zu sagen, welche Rückwirkung ein Mißerfolg der Abrüstungskonferenz auf die innerpolitische Entwicklung in Deutschland haben müßte. Aber dies verstand sich von selbst. Kein Wunder, wenn das innerdeutsche Problem in den maßgebenden Kreisen Genfs nach der Rede des Reichskanzlers noch mehr diskutiert wurde, als dies schon früher der Fall war.

Es hat viel Aufsehen erregt, daß der Reichskanzler keine konkreten Vorschläge unterbreitet hat. Dies wurde für später vorbehalten. Indessen konnte bei niemand ein Zweifel über die Richtung aufkommen, in welcher diese Vorschläge im gegebenen Augenblick gemacht wurden. Die deutsche Bereitschaft zu Kompromissen in der Abrüstungsfrage wird in Genf nach der Rede des Kanzlers als recht gering eingeschätzt.

Der nächste interessante Augenblick, dem die Abrüstungskonferenz nunmehr entgegensieht, ist die Rede des Vertreters Sowjetrußlands, des Außenvolkskommissars Litwinow. Nach dieser Rede, die sicherlich an Schärfe nichts zu wünschen übrig lassen wird, wird die Gruppierung in Genf vollzogen sein. Die übrigen programmatischen Erklärungen werden mehr in den Hintergrund treten und dann wird die Arbeit der Ausschüsse und Kommissionen beginnen.

Das Ausland zur Reichskanzler-Rede in Genf

Französisches Echo der Reichskanzler-Rede

Paris, 9. Febr. **„Journal de Debats"** behauptet, wenn man die Bedeutung der Kanzler-Rede ermessen wolle, müsse man die zwei oder drei klaren Worte aus der Ueberfülle von Phraseologie herausschälen. Das Blatt macht dem Kanzler zum Vorwurf, daß er nicht die Anwendung des Paragraph 8 der Völkerbundssatzung, sondern die sofortige Revision des militärischen Teiles des Versailler Vertrages gefordert habe. Das entspreche dem Losungswort: Mit Versailles gegen Versailles.

„Matin" stellt fest, daß der Brüning zuteil gewordene Beifall für Genfer Verhältnisse ungewöhnlich war und daß Deutschland

in Genf von gewisser Seite offenbar mit Wohlwollen betrachtet werde. Das einzige Ziel Deutschlands ist Vergeltung, behauptet das nationalistische „Echo de Paris“, und die Durchführung seiner Ansprüche würde die Säulen stürzen, auf denen die europäische Ordnung ruht.

Dagegen erblicken die **Linksblätter** in Brünings Rede die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung, für die der gemäßigte Ton Brünings die Grundlage geliefert habe. „**Republique**“ meint, nichts spräche gegen eine schließliche Annäherung der deutschen und französischen Auffassung, und ermahnt die französische Regierung, sich diese Gelegenheit nicht entgehen zu lassen. Auch „**Oeuvre**“ ist sehr erfreut darüber, daß Brüning in Genf keine Sensation gesucht hat. Das Blatt warnt die Regierung davor, sich von Vorurteilen leiten zu lassen.

Englische Stimmen

London, 10. Febr. Der Genfer Reuterkorrespondent sagt: „Abgesehen von einigen ironischen Bemerkungen, die in französischen Kreisen geäußert wurden“, hat die Rede des deutschen Reichskanzlers allgemeine Billigung gefunden. Sie war eine klare, offene und feste Darstellung des deutschen Standpunktes, vermied aber jede Uebertreibung und zeigte Zurückhaltung und Maß. Die Aufnahme der Rede unter der außergewöhnlichen Zuhörerschaft war sehr günstig. Die ganze Versammlung war auf Dr. Brünings Seite und bezeugte dies durch häufigen Beifall.

Der Genfer Vertreter der „Morningpost“ sagt, die Kundgebungen, die Dr. Brüning zuteil wurden, seien zum Teil auf den Glauben zurückzuführen, daß Deutschland heute der Hauptvorkämpfer für Abrüstung sei.

„Daily Telegraph“ schreibt, während der französische Plan wenig Uebereinstimmung mit den Vorschlägen Englands und Amerikas aufweise, habe Dr. Brüning Forderungen aufgestellt, die diesen Vorschlägen ähnlich seien. Die Aufgabe, Differenzen auszugleichen, wie sie durch Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung beleuchtet wurden, werde vielleicht lange Zeit beanspruchen.

„Daily Mail“ sagt: Die vier bisherigen Erklärungen hätten die Frage der Abrüstung wenig, wenn überhaupt, gefördert. Gibson und Dr. Brüning, von denen viel erwartet worden war, hätten merkwürdige Zurückhaltung gezeigt.

Die italienische Presse

Rom, 9. Febr. Die italienische Presse charakterisiert die bisherige allgemeine Aussprache auf der Abrüstungskonferenz als Beweis für die Uebereinstimmung zwischen England, Amerika, Deutschland und Italien in den Hauptfragen und wendet sich gegen neue übertriebene Rechtskonstruktionen und Verpflichtungen, wie sie in den Vorschlägen Tardieus enthalten seien.

„Tribuna“ erklärt, Tardieu habe sich mit seinen Vorschlägen zur Schaffung eines Völkerbundsheeres vom Boden der Tatsachen entfernt. Sein Ziel sei, für alle Zeiten den status quo aufrecht zu erhalten; auf diesem Wege werde sich jedoch die Lösung des Abrüstungsproblems nicht finden lassen.

„Corriere della Sera“ spricht davon, daß Frankreichs Haltung den ganzen Kontinent beunruhige und eine Organisierung des Friedens verhindere.

Bülow drängt auf Behandlung der Memelfrage

Genf, 9. Febr. Staatssekretär von Bülow hat dem Generalsekretär des Völkerbundes folgende Note überreicht:

Den Mitgliedern des Rates ist bekannt, daß der Herr Reichskanzler Dr. Brüning im Namen der deutschen Regierung **eine ernste und äußerst dringliche Angelegenheit des Memelgebietes vor dem Rate anhängig gemacht und um eine sofortige Sitzung des Rates zu diesem Zweck gebeten hat.** Zu meinem großen Bedauern kann die Angelegenheit nicht in der heutigen Ratssitzung verhandelt werden, weil kein bevollmächtigter Vertreter der litauischen Regierung in Genf anwesend ist. Ich möchte heute zum Ausdruck bringen, **daß meine Regierung die Angelegenheit für so wichtig und dringlich hält, daß diese keinerlei Aufschub mehr zuläßt.** Sollte daher die Frage der Teilnahme eines bevollmächtigten Vertreters der litauischen Regierung nicht unverzüglich geklärt werden, so muß ich mir vorbehalten, wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit die notwendigen Anträge zu stellen. Ich bitte Sie, diesen Brief sogleich zur Kenntnis des Rates zu bringen.

Zaunius „schon“ am 18. Februar in Genf.

T.U. **Kowno**, 10. Febr. Auf die erneute telegraphische Anfrage des Völkerbundssekretariats, ob und wann die litauische Regierung ihren Vertreter nach Genf zu entsenden gedenke, hat die litauische Regierung dahin geantwortet, daß, falls der Rat die Behandlung der deutschen Memelbeschwerde für dringend notwendig befinden sollte, Außenminister Zaunius, soweit es sein Gesundheitszustand zulassen solle, „schon“ am 18. Februar in Genf eintreffen werde.

Litauens Antwort an den Völkerbund wegen Memel

Genf, 10. Febr. Der **litauische Außenminister** hat an den Generalsekretär des Völkerbundes **ein Telegramm** gerichtet. Nach einer Darstellung des Sachverhalts, die darin gipfelt, daß keine Rechtsverletzung im Memelgebiet vorgekommen sei, erklärt er, daß die Behauptungen der deutschen Note über die Notwendigkeit der dringlichen Einberufung des Völkerbundesrates wegen einer besonders ernsten Lage im Memelgebiet jeder Begründung entbehrten. Es habe sich keinerlei Zwischenfall ereignet. Was die früheren Schritte der Reichsregierung wegen angeblicher Verletzungen des Memelstatuts durch Litauen betreffe, die die deutsche Note erwähnt, so sei daran zu erinnern, **daß auf Grund der erwähnten Schritte keinerlei Verletzung des Memelstatuts festgestellt worden sei, und daß die Reichsregierung im gegenwärtigen Fall den Tatsachen, die zur Absetzung des Präsidenten Böttcher führten, nicht fernstehe. Zaunius erklärte zum Schluß, daß er entschlossen sei, Litauen persönlich vor dem Völkerbundsrat zu vertreten, aber zu seinem Bedauern sich nicht vor dem 23. Februar nach Genf begeben könne.**

*

Deutschland verlangt unverzügliche Behandlung des Memelkonflikts im Völkerbundsrat

Genf, 10. Febr. Die Antwort der litauischen Regierung in der Memelfrage wird den **deutschen Vertreter im Völkerbundsrat veranlassen, darauf zu bestehen, daß noch in dieser Woche der Völkerbundsrat zusammentritt, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.** Diesbezügliche Schritte sind bereits eingeleitet. Es kann selbstverständlich nicht in Frage kommen, daß der Völkerbundsrat mit der Behandlung bis zu dem von dem litauischen Außenminister genannten Termin, dem 23. Februar, wartet.

*

Landesdirektor Szigaud gewaltsam abgesetzt.

T.U. **Königsberg** (Ostpr.), 10. Febr. Landesdirektor Szigaud, das einzige Mitglied des Memeler Direktoriums, das noch im Amte war, ist am Dienstag ebenfalls von dem „Landesdirektor“ Tolischus gewaltsam seines Amtes enthoben worden. Tolischus erschien im Zimmer Szigauds und forderte ihn in barschem Ton auf, ihm die sämtlichen Amtsschlüssel zu übergeben, worauf Szigaud ihm erwiderte, das könne er nicht, da er sich noch im Amt befinde. Tolischus verließ darauf das Amtszimmer, holte sich drei bewaffnete Polizeibeamte, die im Vorzimmer postiert wurden und gab nunmehr Szigaud den Befehl, das Zimmer zu räumen. Szigaud mußte nunmehr der Gewalt weichen. Er gab eine schriftliche Erklärung ab, in der er betonte, daß er wiederholt seine Bereitwilligkeit erklärt habe, die Amtsgeschäfte als Landesdirektor weiter zu führen. Hierzu brauche er aber keinen Auftrag von Tolischus. Er werde jedoch an der Ausübung seines Amtes gehindert. Für die Zeit seiner Behinderung begibt sich Szigaud nach Trakeningken.

Attentat auf Dr. Schäfer

Zwickau, 10. Febr. Die Polizeidirektion Zwickau teilt mit: In der Nacht zum 10. Februar hat ein Unbekannter auf den aus den Vorgängen in Hessen bekannten früheren nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Schäfer einen Mordanschlag begangen. Dr. Schäfer hatte am Dienstag abend in Werdau gesprochen. Er war dann nach Zwickau gefahren und hatte hier eine Gastwirtschaft aufgesucht. Nach 11.30 Uhr befand er sich auf dem Wege nach seinem Hotel. Als er über den Rathausplatz ging, fiel plötzlich ein Schuß, der ihn am rechten Oberarm verletzte. Als der Schuß fiel, fuhr ein Kraftwagen, der nicht erkannt worden ist, an ihm vorbei. Kurz darauf haben einige Personen einen jungen Mann im blauen Anzug ohne Kopfbedeckung die Wilhelmstraße Richtung Hauptmarkt entlang rennen sehen. Es ist anzunehmen, daß dieser junge Mann der Täter gewesen ist. Dr. Schäfer hat eine so schwere Verletzung erlitten, daß er in das Zwickauer Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Der 10prozentige englische Zolltarif

London, 10. Febr. Das englische Unterhaus hat am Dienstagabend die Finanzentschließung, durch die ein **zehnprozentiger Zollzuschlag** eingeführt wird, mit 452 gegen 76 Stimmen angenommen. — Die zweite Entschließung, die die Zollsätze genehmigt, wurde mit 430 gegen 73 Stimmen angenommen. — Die dritte Finanzentschließung über die **Vorzugsbehandlung innerhalb des Weltreichs** und über Zusatzzölle als Abwehr gegen Sondermaßnahmen des Auslandes, gelangte mit 421 gegen 68 Stimmen zur Annahme. Es stimmten 23 Liberale, darunter die Minister Samuel, Maclan und Sinclair gegen den Zolltarif.

Maßnahmen gegen die Auslandseinfuhr von Holz

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. Januar 1932 ist die Reichsregierung ermächtigt worden, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses auf die Einfuhr von Waren aus Ländern mit Untervaluta „Ausgleichszuschläge“ zu erheben. Diese Notverordnung gibt der Reichsregierung endlich die Möglichkeit, die deutsche Wald- und Holzwirtschaft gegen die Dumpingeinfuhr aus Ländern mit verschlechterter Währung wirksam zu schützen. Wenn bei irgend einem Wirtschaftszweig ein dringendes Bedürfnis für die Erhebung von Ausgleichszöllen vorliegt, so trifft dies für die deutsche Wald- und Holzwirtschaft zu. Die deutsche Forstwirtschaft ist heute in der Lage, den heimischen Holzbedarf, abgesehen von einigen für übertriebene Ansprüche verlangten Laubholzsorten, ausreichend und preiswert zu befriedigen. Deutschland kann auf die Holzeinfuhr des Auslandes ohne Bedenken verzichten. Daß am deutschen Markt ein ausreichendes Angebot in einmischem Holz zur Verfügung steht, mag u. a. daraus ersehen werden, daß schon die Unterbringung der letztjährigen Holzernte trotz des ungewöhnlichen Preistiefstandes — beim Nadelstammholz etwa halber Friedenspreis — die größten Schwierigkeiten bereitet hat. Im laufenden Hiebsjahr können von vornherein nur Teile der planmäßigen Holzernte genutzt werden, weil der Bedarf noch weiter zurückgegangen ist, und weil der süddeutsche Holzüberschuß infolge des bisher ungehemmten Wettbewerbs des Auslandsholzes nicht mehr nach den früheren Absatzgebieten in Nord- und Westdeutschland abgesetzt werden kann. Der deutsche Waldbesitz wird zugrundegerichtet und ist bereits in bedenklichem Ausmaße zahlungsunfähig geworden, der deutsche Holzarbeiter muß feiern und die deutsche Sägeindustrie ist zum großen Teil stillgelegt, weil die deutsche Forst- und Holzwirtschaft der unter erheblich günstigeren Erzeugungsbedingungen arbeitenden Holzwirtschaft des Auslandes gegenüber nicht wettbewerbsfähig ist, und weil die Länder mit verschlechterter Währung die deutschen Holzpreise unterbieten können. Angesichts dieser außergewöhnlichen Notlage der deutschen Wald- und Holzwirtschaft muß das Vorliegen eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses zur Abwehr der Holzeinfuhr aus Ländern mit Untervaluta unbedingt bejaht werden. Die süddeutsche Waldwirtschaft erwartet auf das bestimmteste, das die Reichsregierung von der ihr erteilten Ermächtigung zur Erhebung von Ausgleichszöllen zugunsten der deutschen Holzwirtschaft alsbald Gebrauch macht.

Wichtige Finanzbesprechungen bei Hoover

250 Millionen zur Streckung der Golddeckung.

T.U. **Washington**, 10. Febr. Präsident Hoover hatte am Mittwoch mittag im Weißen Haus Besprechungen mit Bankiers, Wirtschaftsführern und Politikern über Erleichterungen für den Geldmarkt. Am Nachmittag nahm der gemeinsame Bankenausschuß des Senats und des Repräsentantenhauses einen Gesetzentwurf über die Verbreiterung der Grundlage der von der Federal Reservebank diskontierbaren Obligationen an. Die Abstimmung der beiden Häuser erfolgt am Donnerstag. Die vorgeschlagene Art der Obligationen ist noch nicht bekannt. Sie betragen angeblich 250 Millionen Dollar und bezwecken die Streckung der Golddeckung.

England zu den französisch-englischen Tributverhandlungen

T.U. **London**, 10. Febr. Die französischen Meldungen über den Stand der Reparationsverhandlungen zwischen Paris und London werden an zuständiger englischer Stelle nicht in vollem Umfange abgestritten. Es wird bestätigt, daß der englische Botschafter in Paris vor einigen Tagen in London war und den französischen Stellen neue Vorschläge unterbreitet hat. Es sei jedoch noch keine endgültige Vereinbarung zustande gekommen. Die Aussichten seien allerdings besser als bisher. Zu stimmen scheint die Meldung über eine beabsichtigte Vereinbarung zur Erhaltung des status quo bis zu einer Reparationskonferenz, die vor oder nach dem 1. Juli stattfinden soll. In London wird erklärt, daß von einer Vereinbarung über die Vorbedingungen dieser Konferenz noch keine Rede sein könne. Anscheinend ist Lord Tyrrell angewiesen worden, vorbehaltlich des Ergebnisses der Ministerbesprechungen in Genf diese Frage weiter zu verfolgen.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[28

Elme stand am Fenster und sah in den Garten hinunter. Der Springbrunnen mit seiner großen, schneeweißen Figur! Und die kleinen, steinernen, seltsamen Tiere, die die Venus zu necken schienen. Alles war noch so wie einst. Nichts war verändert. Und dort war sogar noch das bunte Vogelhaus. Oder war es nicht doch ein anderes? Wenn ja, dann war es täuschend nachgeahmt! Dann hatte man strengste Anweisung, alles möglichst so zu lassen, wie es zu Zeiten der Dörrings hier gewesen war.

Dietrich Rheinsbergh!

Elme wußte, daß nur er es gewesen war, der diesen Geist hier erhalten sehen wollte.

Langsam wandte sie sich um, nickte der hereintretenden jungen Frau freundlich zu.

„Es hat ganz vortrefflich gemundet, liebe Frau Brendler. Und nun können wir wohl gehen?“

„Ja, wenn ich bitten darf.“

Frau Brendler öffnete höflich die Tür.

Elme fragte:

„Empfängt Herr von Rheinsbergh viele Gäste hier?“

„Nie! Hier weilte er nur immer allein. Einmal hatten ihn Freunde hier aufgestöbert. Da war er so ungehalten, wie ich ihn noch nie gesehen habe. Mir kommt es immer vor, als ob Herr von Rheinsbergh hierher komme, um stille Einkehrstunden zu halten.“

Elme nickte schweigend und schritt dann neben Frau Brendler die Treppe hinab.

„Herr von Rheinsbergh wird wohl bald kommen. Es ist gleich elf Uhr“, sagte Frau Brendler dann noch.

„Ja, ich muß mich wohl beeilen.“

Als Elme wieder zum Vorschein kam, ging Dietrich von Rheinsbergh schon wartend in der Halle auf und ab. Als er sie sah, stieg ihm helles Rot in die Stirn. Schnell kam er auf sie zu, küßte ihr die Hand.

„Ich freue mich, gnädiges Fräulein, daß Sie sich so gut nach dem kleinen Unfall erholt haben“, sagte er nur; aber der Kuß auf ihre Hand war heiß und werbend, und sein Blick sagte ihr, wie sehr er sie liebte. Sie wußte, daß er sich jetzt nur kühl und förmlich benahm, weil die junge Pächtersfrau da war.

„Sind Sie bereit, gnädiges Fräulein“, fragte er noch, während er etwas befremdet auf ihre Kleidung blickte.

Elme lachte.

„Ich trage geborgte Kleidung. Aber ich sehe bestimmt anständiger aus als in meiner eigenen.“

Er drückte ihren Arm an sich.

„Elme, sieh mich nicht so an, sonst küsse ich dich einfach vor der Pächtersfrau“, sagte er in mühsam verhaltener Erregung.

Sie erzitterte, dann reichte sie Frau Brendler die Hand: „Vielen Dank für Ihre Freundlichkeit. Ich schicke Ihnen sofort alles zurück.“

Kurz darauf lehnte Elme an der Seite des geliebten Mannes im Auto, das von dem erprobten Chauffeur gesteuert wurde.

„Süßes, du! Wie ich mich gesehnt habe nach dir in all den langen Stunden!“

Sie legte seine braune, schöne Hand an ihre Wange.

„Hast du denn nicht geschlafen?“

„Nein, geliebtes ..., das war ganz ausgeschlossen. Ich habe jede Minute an dich gedacht, habe mir die Zukunft ausgemalt, habe dich immer neben mir gesehen, Elme.“

„Und — und da bist du so frisch? Gar nicht übernächtig siehst du aus“, sagte sie.

Er lachte leise auf im Bewußtsein seiner gestählten, starken Natur.

„Mir macht das nichts, kleine Elme. Solch eine durchwachte Nacht merke ich kaum.“

Scheu versonnen sah sie vor sich hin. Ihr Wesen entzückte ihn immer wieder aufs neue. Schweigend sah er sie an.

Der Chauffeur hatte durch den Spiegel zufällig beobachtet, wie die junge Dame die Hand Rheinsberghs an ihre Wange legte. Nun lächelte er vor sich hin und freute sich, daß es voraussichtlich bald eine junge Herrin in Schloß Rheinsbergh geben würde.

Im Efeuhause gab's einen Aufruhr, als das Auto vor der Gartenpforte hielt. Die beiden Getreuen kamen schnell den schmalen, gepflasterten Weg herunter. Die Freude stand so deutlich auf den guten Gesichtern, daß es Elme unmöglich war, ihre Rührung nicht zu zeigen.

„Möchtest du einen Augenblick hineingehen, Kind? Ich kann es verstehen und warte gern hier im Wagen, oder meinst du, daß die zwei Alten ruhig die ersten sein können, die es offiziell erfahren?“ fragte Rheinsbergh leise.

„Komm mit, Dietrich!“

Rheinsbergh sprang aus dem Wagen und war ihr dann beim Aussteigen behilflich.

„Herr von Rheinsbergh ist mein Verlobter“, sagte Elme und hing sich an seinen Arm.

Große Freude und Glückwünsche. Und dann war Elme im Hause. Aber sie war über sich selbst erstaunt, wie fremd ihr alles vorkam. War sie denn wirklich so lange nicht hier gewesen?

Sie ging von Raum zu Raum. Umsonst, ihr kam kein Heimatgefühl. Ihre Heimat war von nun an der hochgewachsene Mann an ihrer Seite. Elme erkannte es mit tiefer Seligkeit.

Rheinsbergh schwieg feinfühlig. Elme wandte sich zu ihm.

„Werden wir das Efeuhaus behalten, Dietrich? Ich möchte es gern; aber schließlich kostet der Unterhalt des alten Baues auch nur unnötig eine Menge Geld. Berta und Anton möchte ich nicht gern entlassen; vielleicht wäre doch irgendwo ein Plätzchen für sie, wo sie sich nützlich machen könnten?“

„Das Efeuhaus bleibt dein Besitz. Es hängen zu teure Erinnerungen daran. Und die Frage um die beiden Getreuen hat sich ja damit auch erledigt.“

(Fortsetzung folgt.)